

Die zweite Wahlrunde

Gewinne und Verluste der CDU – Ansporn für 1965 – Splitterparteien verloren

6,5 Millionen Wahlberechtigte entschieden am 25. Oktober in Rheinland-Pfalz, Hessen und im Saarland über die künftige politische Kräfteverteilung in 6500 Gemeinden, 22 kreisfreien Städten und 85 Landkreisen. Gleichmäßige Stimmengewinne der SPD, eine unterschiedliche Wählerentwicklung der CDU und eine empfindliche Wahlniederlage der Splitterparteien bestimmten auch den Ausgang der zweiten Runde im Kommunalwahljahr 1964.

Sorgfältig werden die Ergebnisse dieser Kommunalwahlen analysiert werden müssen, um die notwendigen Konsequenzen für die bevorstehende Stimmenscheidung im Bund rechtzeitig und wirkungsvoll zu ziehen.

Im Gegensatz zur ersten kommunalen Wahlrunde in Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen wurde am Sonntag in Rheinland-Pfalz, Hessen und im Saarland eine Rekordwahlbeteiligung erreicht. In allen drei Bundesländern beteiligten sich mehr als 80 Prozent der Wahlberechtigten an den diesjährigen Kommunalwahlen, wobei die entsprechenden Stimmbeteiligungsziffern der vorangegangenen Landtags- und Gemeinderatswahlen zumeist deutlich übertroffen wurden. Diese rege kommunale Wahlbeteiligung unterstreicht zugleich die politische Bedeutung, die dieser jüngsten Stimmenscheidung in den Gemeinden zukommt.

Die Wahlbeteiligung

Wahljahr	Rheinland-Pfalz	Hessen	Saarland
K 1964	81,5	80,8	83,7
K 1960	79,7	80,1	79,1
K 1956	79,6	78,0	86,3
L 1960–63	75,5	77,7	79,1
B 1961	88,2	89,2	87,1

K = Kommunalwahlen, L = Landtagswahlen, B = Bundestagswahlen

Erstaunlich groß sind allerdings auch bei der zweiten kommunalen Wahlrunde die regionalen Unterschiede der Wahlbeteiligung in den Städten und Landkreisen. Einer Wahlbeteiligung von nur 66,6 Prozent in Frankfurt und 66,9 v. H. in Kaiserslautern stehen Rekordziffern von mehr als 90 Prozent in den Landkreisen Pirmasens und Kassel gegenüber. Allgemein war auch bei den diesjährigen Kom-

munalwahlen die Bevölkerung in den Städten wahlmüder als auf dem flachen Lande, wobei die hessische und rheinland-pfälzische Wahlstatistik dies exakt widerspiegelt.

So lag die Wahlbeteiligung am 25. Oktober in den kreisfreien Städten von Hessen bei nur 71,0 v. H. und in den Stadt-

Trotz der Stimmzunahme bei den saarländischen Kommunalwahlen für die SPD hat die CDU ihre führende Stellung in den Gemeinderäten des Saarlandes eindeutig behaupten können. In den kommenden vier Jahren wird die CDU in den Kommunalparlamenten 1770 Sitze haben; 1960 waren es 1696 Sitze. Die SPD kam am 25. Oktober auf 1465 Mandate (1960 = 1157). Die Zahlen für die übrigen Parteien lauten: DPS/FDP 495 Mandate (348), DDU 54 Mandate (34), SVP 291 Mandate (197), Freie Wählergruppen 382 Mandate (470).

kreisen von Rheinland-Pfalz bei 74,2 v. H. In den hessischen Landkreisen nutzten dagegen 83,4 Prozent der Wahlberechtigten ihr kommunales Stimmrecht und in den Landkreisen von Rheinland-Pfalz sogar genau 84,0 v. H. Die politische Mobilisierung der städtischen Nichtwähler wird also gerade zu den Aufgaben zählen, denen im kommenden Bundestagswahljahr besondere Bedeutung zukommt.

Unterschiedliche Entwicklung

Auch bei der zweiten kommunalen Wahlrunde war der Stimmertrend für die CDU in den einzelnen Ländern unterschiedlich. Während sie in Hessen und an der Saar ihre politische Position in den Kommunalparlamenten festigen konnte,

mußte sie in Rheinland-Pfalz prozentuale Stimmenverluste hinnehmen. Allerdings waren hier am 25. Oktober die Veränderungen in der kommunalpolitischen Landschaft bei weitem nicht so ins Auge fallend, wie in den Großstädten an Rhein und Ruhr. Gegenüber der Kommunalwahl 1960 büßte die CDU in Rheinland-Pfalz 1,6 Prozent ihres Stimmenanteiles ein, im Vergleich zur Kommunalwahl 1956 verbesserte sie dagegen ihren Wähleranteil um 2,6 Prozent.

Zu berücksichtigen ist schließlich bei der Deutung jedes Wahlergebnisses in Rheinland-Pfalz, daß hier die Konzentration der nichtsozialistischen Wähler auf die Union praktisch schon in den 50er Jahren gänzlich abgeschlossen war. Auch geringfügige Stimmenwanderungen zwischen den großen Parteien beeinflussen deshalb in diesem Bundesland jede Wahlbilanz nachdrücklich, wobei Parallelen zu Nordrhein-Westfalen und den Stadtstaaten Hamburg und Berlin gegeben sind. Gerade diese politischen Landschaften lassen aber auch deutlich erkennen, daß der Wettstreit um die Gunst des Wählers hauptsächlich nur noch zwischen CDU und SPD entschieden wird.

Die evangelischen Gebiete

Bemerkenswert ist eine regionale Analyse der Wahlergebnisse der Union in den Stadt- und Landkreisen von Rheinland-Pfalz. Sie läßt erkennen, daß die CDU allein in elf Kreisen ihren Stimmenanteil gegenüber den Kommunalwahlen 1960 verbessern konnte, wobei dieser Aufwärtstrend vor allem für die überwiegend evangelische Pfalz festzustellen ist. Besonders erfreulich sind dabei ihre Stimmengewinne in der Stadt Zweibrücken. Hier konnte die CDU ihren Stimmenanteil von 23,3 auf 29,3 Prozent steigern, während die Sozialdemokraten knapp fünf Prozent verloren und dadurch auch die absolute Mehrheit einbüßten. Stimmengewinne erzielte die CDU schließlich auch in den Städten Mainz, Kaiserslautern, Pirmasens und Speyer, ohne allerdings damit die absoluten Mehrheiten der SPD verhindern zu können. In den Landkreisen betrug der Gesamtstimmen-

Die zweite Wahlrunde

Fortsetzung von Seite 1

anteil der CDU 46,0 v. H., in den kreisfreien Städten von Rheinland-Pfalz 36,2 v. H.

Die Stimmenanteile der CDU

Wahljahr	Rheinland-Pfalz	Hessen	Saarland
K 1964	43,7	29,0	37,4
K 1960	45,3	27,1	35,9
K 1956	41,1	21,2	27,0
L 60—63	44,4	28,8	36,6
B 1961	48,9	34,9	49,1

In Hessen und im Saarland verbesserte die CDU bei den diesjährigen Kommunalwahlen ihre Position in den Gemeindeparlamenten und Kreistagen. Für beide Bundesländer gilt ein stetiger Stimmengewinn der Union seit der Kommunalwahl 1956. Sie war in diesen Landschaften am 25. Oktober etwas erfolgreicher als bei den vorangegangenen Landtagswahlen. Beachtlich sind allerdings auch in diesen Bundesländern die regionalen Unterschiede der Stimmenentwicklung der CDU in den einzelnen Stadt- und Landkreisen. Für Hessen ist dabei zunächst hervorzuheben, daß die CDU bei den Kommunalwahlen diesmal in allen Stadt- und Landkreisen eigene Wahlvorschläge eingereicht hatte, im Jahre 1960 hatte dagegen die Union in fünf Landkreisen auf die Aufstellung eigener Listen verzichtet. In 21 der 39 hessischen Landkreise konnte die CDU am vergangenen Wahlsonntag prozentuale Stimmengewinne erzielen, in den restlichen achtzehn Landkreisen mußte sie Wählerverluste hinnehmen. Empfindlich waren diese Verluste allerdings nur im Kreis Hünfeld (-10,5 v. H.), wo eine „christliche Wählergemeinschaft“ zur Stimmenzersplitterung beitrug. In den kreisfreien Städten verlor die CDU nur in Fulda (-0,1 v. H.) und in Marburg (-3,2 v. H.). Erfreulich hoch lagen dagegen die prozentualen Stimmengewinne der Union im Dillkreis (+7,8 v. H.) und in Darmstadt (+4,0 v. H.).

Im Gegensatz zur Wahlentwicklung in Rheinland-Pfalz war die CDU in Hessen in den Städten allgemein erfolgreicher als in den Landkreisen. Ihr Stimmenanteil betrug bei den Kommunalwahlen am Sonntag in den kreisfreien Städten 31,0 v. H., während sie in den Landkreisen nur 28,1 v. H. erreichte.

Die Festigung der kommunalen Position der CDU in Hessen spiegelt sich auch in ihrer stattlich gewachsenen Fraktion von Kreistagsabgeordneten und Stadtverordneten kreisfreier Städte wieder. Während sie in der letzten Legislaturperiode 495 dieser kommunalen Mandatsträger stellte, zählen zu den Kreisfraktionen der CDU in den kommenden vier Jahren 544 Mitglieder.

Zu den Besonderheiten des saarländischen Wahlergebnisses der CDU zählt schließlich, daß die SVP/CVP auch am 25. Oktober zur Zersplitterung der christlich-demokratischen Wählerschaft beitrug. Die Diskrepanz zum Abschneiden der CDU bei der letzten Bundestagswahl liegt hauptsächlich darin begründet.

Auch in der zweiten kommunalen Wahlrunde konnten die Sozialdemokraten be-

achtliche prozentuale Stimmengewinne für sich verbuchen. Am stärksten war dabei ihr Wählerzuwachs an der Saar, wo ihr Stimmenanteil von 29,7 auf 39,9 v. H. emporschnellte. Freilich sind diese starken Wählergewinne zum Teil aus den Besonderheiten der saarländischen Wahlentwicklung im letzten Jahrzehnt zu erklären und deshalb kein echter Vergleichsmaßstab für das übrige Bundesgebiet. Mehr als fünf Prozent der gültigen Stimmen gewann die SPD in Rheinland-Pfalz hinzu, und in Hessen verbesserte sie ihre starke Position von 47,8 auf 51,7 v. H. Diese beachtlichen Wählergewinne stärkten in allen drei Bundesländern das politische Gewicht der SPD in den Rathäusern erheblich. Sie konnte deshalb zum Beispiel in den Landesmetropolen Mainz und Wiesbaden die im Jahre 1960 verlorene absolute Mehrheit zurückerobern. In zahlreichen anderen kreisfreien Städten und Landkreisen gewannen die Sozialdemokraten erstmals die absolute oder relative Mehrheit in den Kommunalvertretungen.

Die Freien Demokraten mußten dagegen in Saarland und in Rheinland-Pfalz erneut Wählerverluste hinnehmen. Besonders empfindlich war dabei der Wählerschwund der DPS an der Saar, deren Stimmenanteil von 13,3 auf 9,0 v. H. zurückging. Bei der Kommunalwahl 1956 hatte die Demokratische Partei Saar sogar noch über einen kommunalen Wähleranteil von knapp 25 Prozent verfügt. Die Besonderheiten der saarländischen Wahlentwicklung spiegeln sich also auch hier deutlich wieder. In Rheinland-Pfalz büßten die Freien Demokraten 2,3 Prozent ihres Stimmenanteils ein, wobei sie in den Städten stärker verloren als in den Landkreisen. Dieser Wählerverlust traf sie allerdings nicht so empfindlich wie im benachbarten Nordrhein-Westfalen, wo sie in siebzehn der 95 Verwaltungskreise unter der Fünfprozent-Sperrklausel blieben.

In den Landkreisen Daun, Prüm, Speyer, dem Oberwesterwaldkreis und der Stadt Frankenthal verloren sie in Rheinland-Pfalz jeden Sitz im Kreistag bzw. der Stadtvertretung. Der Stimmenanteil der FDP stieg im hessischen Landesdurchschnitt um knapp ein Prozent. Die Wahlentwicklung der hessischen FDP war allerdings widerspruchsvoll, denn die Freien Demokraten verloren zumeist in den kreisfreien Städten, während sie sich in den Landkreisen besser behaupten konnten.

Politische Flurbereinigung

Der Trend zu den großen Parteien bestimmte auch die Ergebnisse des zweiten kommunalen Stimmtestes. In Hessen verlor die FDP fast ein Drittel ihres Stimmenanteils der letzten Kommunalwahlen. In zahlreichen Städten und Kreisen scheiterte sie jetzt erstmals an der Fünfprozent-Sperrklausel, so daß das Schicksal des früheren BHE nun auch bald in Hessen besiegelt sein dürfte. Die saarländische Volkspartei war neben der DPS der Hauptverlierer an der Saar, denn ihr Stimmenanteil ging von 11,4 auf 7,7 v. H. zurück. Für die politische Entwicklung im Saarland ist zu hoffen, daß das Schicksal der SVP schon bei der kommenden Landtagswahl im Juli 1965 endgültig entschieden wird. Die Deutsche Reichspartei hatte empfindliche Wählerverluste in Rheinland-Pfalz, wo ihre kommunalen Mandate in den Kreistagen und Stadträten der kreisfreien Städte von 16 auf 7 zurückgingen. Auf ganze 2,6 Prozent schmolz im Saarland die DDU zusammen, die bei der letzten Landtagswahl noch die Fünfprozent-Sperrklausel des Landeswahlgesetzes übersprang. Auch die freien Wählergruppen und sonstigen Splitterparteien mußten vor allem in Hessen und an der Saar beträchtliche Stimmeneinbußen hinnehmen. Allein in den hessischen Kreistagen ging ihre Mandatszahl von 97 auf 38 zurück. Diese politische Flurbereinigung in der kommunalen Landschaft zählt gewiß zu den erfreulichen Aspekten im Kommunalwahljahr 1964.

Gefahr von links

In Schleswig-Holstein gibt es nur 500 organisierte Rechtsradikale

Die Rechtsradikalen spielen im politischen Leben Schleswig-Holsteins keine Rolle. Die vier extrem rechtsgerichteten Parteien und ihre Jugendgruppen im nördlichsten Bundesland zählen zusammen nicht mehr als 500 Mitglieder. Dafür bilden linksradikale Elemente eine gewisse Gefahr.

Innenminister Dr. Schlegelberger (CDU) gab am 21. Oktober vor der Presse in Kiel die Mitgliederzahlen der rechtsradikalen Vereinigungen bekannt. Danach gehören der Deutschen Reichspartei 200, der Deutschen Freiheits-Partei 40, der Deutschen Gemeinschaft 50, dem Deutschen Block 40, der Jungen Kameradschaft 15 und dem Bund heimattreuer Jugend sogar nur zwei Mitglieder an, um nur einige Beispiele zu nennen.

Zur kommunistischen Untergrundtätigkeit erklärte der Innenminister, die Linksradikalen müßten wegen ihrer „geistigen Schubkraft“ ernst genommen werden. Allerdings verlagere sich die rote Wählerarbeit immer mehr auf einzelne Funktionäre, da sich eine gewisse Organisationsmüdigkeit zeige. So bestehe beispielsweise die kommunistische „Friedensbewegung“, eine von 50 Tarnorganisationen im Lande, allein aus einem Landessekretär.

- Einer der Agitationsschwerpunkte der Kommunisten ist augenblicklich das Verhältnis zu den Sozialdemokraten.
- Die „roten Wühlmäuse“ sind angewiesen worden, bei den Bundestagswahlen 1965 die SPD-Kandidaten zu unterstützen.

Außerdem wird gegenwärtig fleißig die Reklametrommel für sogenannte offene deutsche Gespräche geführt. Die illegale KP und ihre Tarnorganisationen verstehen darunter Kontakte zu Einzelpersonen, Gruppen, Verbänden und Organisationen, von denen sie erhoffen, daß sie sich für eine faktische Anerkennung der Zonenmachthaber aussprechen.

Abschließend betonte der Innenminister, sowohl bei den Rechtsradikalen als auch bei den illegalen Kommunisten habe das Verfassungsschutzamt „die Sache im Griff“.

CDU-Sportbeirat gegründet

Der Förderung der Gesundheit größeren Raum geben

Am 28. Oktober 1964 konstituierte sich in Bonn der Sportbeirat der CDU. Der bisherige Sportausschuß der CDU, der bereits die Berliner Sportkonferenz der CDU im Mai 1963 gestaltet hatte, ist nunmehr zu einem Sportbeirat erweitert worden. Der Sportbeirat beabsichtigt, Beiräte bei den Landesverbänden und den Kreisverbänden der CDU zu bilden, um so die Gedanken der Sportförderung auf breiter Grundlage vertreten zu können.

Zum Vorsitzenden des Sportbeirats wurde Bürgermeister Zeuner (Oberwesel) gewählt. Mitglieder des Sportbeirats sind Bundesinnenminister Höcherl, Bundesfamilienminister Heck, Scheufelen (Stuttgart), Kühlthau (Wuppertal), Monsignore Bokler (Düsseldorf), MdB Dr. Dittrich, MdL Dorenborg (Bad Segeberg), MdL Schmelter (Köln), Dumstrey (Berlin), Wenzel (Einbeck), Kunze (Düsseldorf), v. Richtofen (Berlin).

In seiner konstituierenden Sitzung erarbeitete der Sportbeirat Leitsätze, die dem Bundesvorstand und dem Bundesausschuß der CDU zur Beschlußfassung vorgelegt werden sollen. Dort heißt es a.:

● Die gesundheitliche und erzieherische Bedeutung des Sports verlangt gebieterisch, daß Sport und sportliches Leben in ihrer freien Entwicklung vom Staat unterstützt und gefördert werden.

● Dabei muß der Sport Ausdruck menschlicher Freiheit bleiben. Durch den politischen Mißbrauch in totalitären Staaten verliert er diesen Charakter.

● Der Leibeserziehung in den Schulen kommt besondere Bedeutung zu. Schulsport, auch in Berufsschulen, muß zum regelmäßigen Unterricht gehören. Sportstätten in Verbindung mit Schulen sollten grundsätzlich im ersten Bauabschnitt fertiggestellt werden.

● Die auf freier gesellschaftlicher Initiative beruhende Arbeit der Sportvereine verdient von Bund, Ländern und Gemeinden ständige Unterstützung. Sie ist die beste Garantie gegen staatlichen Sport-Dirigismus.

● Neben der für die Volksgesundheit so notwendigen Förderung des Breitensports sollten sich Bund und Länder den Anforderungen des Sports auf Unterstützung des Leistungssports nicht versagen. Auch hier ist nicht die staatliche Direktive, sondern die Initiative der Sportverbände selbst zu fördern. Die vom Deutschen Sportbund vorgeschlagene Einrichtung eines Leistungszentrums wird in vollem Umfang unterstützt.

● Bund, Länder und Gemeinden müssen in gemeinsamer Verantwortung und Koordination alle Schritte unternehmen, die Sport und Sportausübung sowohl als Breiten- wie auch als Leistungssport fördern. Der Sportbeirat der CDU wird im Rahmen der CDU seinen Einfluß dahin geltend machen, daß die erzieherischen und gesundheitlichen Möglichkeiten des Sports voll ausgeschöpft werden können.

● Sportförderung muß im Rahmen der Städteplanung, der Verkehrsplanung, aber auch der Bildungsförderung an einer Stelle rangieren, die der Bedeutung der Leibesübungen für ein gesundes Volk entspricht. Dabei sind die Grundsätze der Subsidiarität und der Solidarität von entscheidender Bedeutung.

Kluger Mann baut vor

Die SPD schaut etwas besorgt nach Großbritannien

Der Regierungswechsel in Großbritannien ist von der deutschen Sozialdemokratie recht verschieden kommentiert worden. Es ist zu erwarten, daß bald die engen Freunde der Labourpartei mit jenen in der SPD aneinander geraten werden, die für einen gemäßigten Kurs eintreten.

Diese Vermutung läßt sich u. a. daraus herleiten, daß der SPD-Abgeordnete Wenzel Jaksch im Bundestag die Labourpartei auffallend überschwänglich beglückwünschte, während andere Vertreter seiner Partei gar nicht so sicher sind, ob ein Sieg dieser Partei der Freundschaft mit den deutschen Sozialisten dienlich sein kann.

Gleichsam zur Selbstberuhigung hat der SPD-Fraktionsvorsitzende im Bundestag, Erler, dem „Parlamentarisch-Politischen Pressedienst“ vom 20. 10. 1964 als Extrakt einer Rede vor der Fraktion anvertraut, der Regierungswechsel in London werde keinerlei Schwierigkeiten in der Behandlung der deutschen Frage bringen, denn die Labour-Regierung werde nichts ohne Absprache mit der Bundesregierung unternehmen. Noch überraschender nach so manchen Ereignissen in der Vergangenheit war es, daß Erler vor seiner Fraktion erklärte, es sei völlig in Ordnung, daß die neue britische Regierung

die SPD nicht als Partner für offizielle Verhandlungen betrachte. Um dieser Feststellung etwas die Spitze zu nehmen, schränkte er die Distanzierung wieder mit dem Hinweis ein, daß sich in der Labour-Regierung eine ganze Reihe guter Bekannter der SPD befinde. Die erste Maßnahme, die nun von der britischen Regierung vorgenommen wurde, war eine Erhöhung der Einfuhrzölle. Dies ist zwar eine innere britische Maßnahme, aber sie zeigt, daß die Hoffnung auf eine engere Zusammenarbeit mit Großbritannien im Hinblick auf den europäischen Markt durch die Labour-Partei nicht erleichtert wird.

Sogleich meldet sich denn auch der besorgte SPD-Pressedienst vom 27. 10. 1964 und stellt die Marktdrosselung als Ergebnis der konservativen Politik hin. Ja — es muß einem nur etwas einfallen!

Noch einmal zurück zu Erler: In seiner Erklärung vor der Fraktion glaubte er

Auf ein Wort

Liebe Freunde,

die Kommunalwahlen des Jahres 1964 sind vorüber. Nur noch die Landtagswahl im Saarland steht an, bevor 1965 die große Entscheidung fällt. Unsere Partei sieht ihre Erwartungen, die sie an den Ausgang der Kommunalwahlen geknüpft hatte, nicht erfüllt. Sicher sind die Wahlen des 25. Oktober in Rheinland-Pfalz, Hessen und im Saarland im allgemeinen Ergebnis besser für die CDU ausgefallen als es am 27. September vor allem in Nordrhein-Westfalen war. Dennoch ist ein Anstieg der SPD unbestreitbar.

CDU und SPD sind die Gegner, die sich gegenüberstehen. Auch im überschaubaren Bereich einer Gemeinde oder eines Kreises geht die wirkliche politische Kraft von den großen Parteien aus. Diese Tatsache bekamen auch am vergangenen Sonntag die Splitterparteien bitter zu spüren.

Es hat sich also ein Kopi-an-Kopi-Rennen zwischen CDU und SPD ergeben. Was heißt das für uns? Die Union muß ihre Anstrengungen verstärken, um dem Wähler zu zeigen, daß es entgegen den sozialdemokratischen Bestrebungen, die Unterschiede zwischen uns und ihr zu verwischen, bei der CDU klare Grundsätze gibt, von denen wir nicht abweichen werden. Wenn es der Union gelingt, ihr unverwechselbares Profil noch stärker als bisher sichtbar werden zu lassen, dann braucht es uns um den Ausgang der Bundestagswahl des Jahres 1965 nicht bange zu sein.

Der Anfang dazu ist gemacht. Unser Geschäftsführender Vorsitzender hat noch in der Wahlnacht das Ergebnis des 25. Oktober treffend mit dem Wort gekennzeichnet: Die CDU hat wieder Tritt gefaßt. Sie alle, meine lieben Freunde, wissen, daß in Bonn zur Zeit bedeutende gesetzgeberische Maßnahmen beraten werden. Ich brauche hier nur als Beispiele das Steueränderungsgesetz zu nennen oder die von der CDU/CSU-Fraktion geplanten Verbesserungen in der Familien- und Eigentumpolitik. So sieht der Weg aus, den wir einschlagen werden und an dessen Ende zweifellos ein Erfolg für unsere Sache stehen wird.

Ihr Konrad Kraske

voraussagen zu können, daß in der Frage der multilateralen Atomstreitmacht kaum Schwierigkeiten zu erwarten seien. Demgegenüber steht schon wenige Tage später die Äußerung des neuen britischen Außenministers Gordon Walker in einem Fernseh-Interview. Dort sagte er, daß seine Regierung wahrscheinlich stärker gegen die MLF eingestellt sein werde als es die konservative britische Regierung gewesen ist.

Nur eine Kopie

Prof. Dr. Burgbacher: Überflüssige SPD-„Initialzündung“

Die Erfolge der Eigentumpolitik der CDU haben die SPD zu einem neuen Plagiat veranlaßt. Sie hat in diesen Tagen ihre Vorstellungen zur Eigentumpolitik veröffentlicht. Die von Professor Schiller verkündeten Gedanken zu diesem Thema sind aber weder neu noch originell, sie sind im wesentlichen nur eine Kopie der CDU/CSU-Maßnahmen.

Bevor die SPD mit ihren Vorschlägen an die Öffentlichkeit trat, hatte der Leiter des Arbeitskreises für Eigentumbildung der CDU/CSU-Fraktion, Prof. Dr. Burgbacher, in einem Interview und im „Deutschland-Union-Dienst“ zur Eigentumpolitik der Regierung und der Union Stellung genommen. In dem Interview mit der „Kölnischen Rundschau“ erklärte Prof. Dr. Burgbacher auf die Frage, welche konkreten Pläne die CDU/CSU-Fraktion zur Förderung der Eigentums- und Vermögensbildung hat:

„Wir beabsichtigen zunächst, die bisherigen Maßnahmen zu verbessern und fortzusetzen. Das gilt vor allem für das Sparprämien-Gesetz, das wahrscheinlich aus Zeitgründen in dieser Legislaturperiode nicht mehr geändert, sondern auf unbestimmte Zeit verlängert wird. Das gilt ferner für das Bausparprämien-Gesetz, das ohnehin unbefristet läuft, und für die Privatisierungsmaßnahmen. Als nächstes steht bekanntlich die Teil-Privatisierung des großen Bundesunternehmens VEBA (Vereinigte Elektrizitäts- und Bergwerks-Aktiengesellschaft) zur Debatte. Schließlich ist als eine der wichtigsten Maßnahmen die Verbesserung des sogenannten 312-Mark-Gesetzes, das amtlich ‚Gesetz zur Förderung der Vermögensbildung der Arbeitnehmer‘ heißt, geplant.“

Auf die entsprechenden Vorschläge der Gewerkschaften eingehend, meinte Prof. Dr. Burgbacher:

„Nach wie vor wird von uns Eigentumbildung im Stile eines ‚sozialistischen Suppentopfes‘ abgelehnt, aus dem man nicht einmal einen Löffel Suppe essen kann, bevor man nicht in den Ruhestand getreten ist. Wir sehen nur das Eigentum als förderungswürdig an, über dessen Form der Bildung der Sparer selbst verfügt und über das er nach einer Sperrzeit von fünf bis acht Jahren erneut frei entscheiden kann. Das heißt, schon bei der Entstehung des Eigentums muß der Arbeitnehmer selbst bestimmen können, wie es angelegt werden soll.“

Der Einwand, dem wir begegnen, daß dann das Eigentum ‚vernascht‘ würde, ist unserer Ansicht nach nicht stichhaltig. Wir sind der Auffassung, daß jemand, der sich an Eigentum gewöhnt hat, um die Erhaltung dieses Eigentums kämpfen und es nicht verlassen wird.“

Im „Deutschland-Union-Dienst“ schrieb Prof. Burgbacher am 26. Oktober zum gleichen Thema:

„Das Echo, das der Leber-Plan zur Förderung der Vermögensbildung der Arbeitnehmer in der Bauwirtschaft in der Öffentlichkeit gefunden hat, erweckt zuweilen den Eindruck, die Eigentumpolitik sei eine Erfindung der SPD. Hierzu muß festgestellt werden, daß der Leber-Plan bis jetzt noch keineswegs ein von der SPD offiziell gebilligter Plan ist. Es ist vielmehr der Vorschlag einer Industriegewerkschaft, die den Mut besaß,

endlich über den eigenen Schatten früherer Umverteilungspläne zu springen. Diese gewerkschaftliche Initiative wurde ausdrücklich auch von der CDU/CSU begrüßt.

Es ist notwendig, darauf hinzuweisen, daß die CDU/CSU sich seit ihrer Gründung stets zu einer Politik der breiten Eigentumsstreuung und zur Förderung der Vermögensbildung der Arbeitnehmer bekannt hat. Zahlreiche eigentumpolitische Maßnahmen dienen diesem Ziel, persongebundenes Eigentum auf freiwilliger Grundlage in vielfältigen Formen schaffen zu helfen.

Zahlreiche Programmbeschlüsse der verschiedenen Bundesparteitage, Entschließungen und Regierungserklärungen haben

CDU-Kurs klarer herausstellen

CDU-Parteitag im Schatten der Bundestagswahlen

Der Parteitag der CDU Württemberg-Hohenzollern stand ganz im Zeichen der aktuellen innen- und außenpolitischen Probleme, die von der Union noch vor den Bundestagswahlen gelöst werden müssen. Dabei forderte Ministerpräsident Kiesinger die Partei auf, Bundeskanzler Erhard bei der Verwirklichung seiner Ziele nachdrücklich zu unterstützen.

Der Vorsitzende der CDU Württemberg-Hohenzollern, Bundestagsabgeordneter Adorno, wies auf die besondere Bedeutung dieses Parteitages hin, der zeitlich fast genau in der Mitte zwischen den für die Union erfolgreichen Landtagswahlen in Baden-Württemberg und den nächsten Bundestagswahlen lag. Im Hinblick auf diese große Wahlentscheidung rief Ministerpräsident Kiesinger in seinem Hauptreferat zur Geschlossenheit und Einigkeit auf und erklärte, daß das, was in den letzten Wochen und Monaten in der CDU geschah, nicht immer sehr ermutigend sei. Er forderte besonders die CDU/CSU-Bundestagsfraktion dazu auf, Bundeskanzler Erhard nachdrücklich zu unterstützen. „Da wir Erhard zum Kanzler gemacht haben“, betonte Kiesinger unter dem Beifall der Delegierten, „muß die Partei ihm auch dabei helfen, seine Politik zu verwirklichen. Kritik aus den eigenen Reihen trifft nicht nur Erhard, sondern die ganze CDU“.

Die Behauptung unserer politischen Gegner, die CDU/CSU sei in zwei einander gegenüberstehende Lager von „Atlantikern“ und „Gaullisten“ gespalten, wies der Ministerpräsident als durchsichtiges Aufbauschungsmanöver gegenüber einer normalen innerparteilichen Diskussion zurück. Er kritisierte allerdings zugleich den Hang vieler Unionspolitiker, ihre sachlich gerechtfertigten Meinungsunterschiede auf offenem Markt auszutragen statt hinter verschlossenen Türen. Außerdem forderte Kiesinger, daß die CDU ihren außenpolitischen Kurs wieder klarer herausstellen müsse.

Die internen Beratungen der CDU Württemberg-Hohenzollern zeichneten sich durch die lebhafteste Diskussion aus.

immer wieder den Willen der CDU/CSU zur Förderung der Eigentumbildung der Arbeitnehmer zum Ausdruck gebracht.“

Die neueste SPD-„Initiative“ kennzeichnete Prof. Dr. Burgbacher mit den Worten:

„Offensichtlich hat die jahrelange Arbeit des Arbeitskreises Eigentumpolitik der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und der neue Schritt der Bundesregierung — bekanntlich hat das Kabinett fünf Minister mit der Ausarbeitung neuer Vorschläge zur Vermögensbildung breiter Schichten beauftragt — die SPD veranlaßt, auch ihrerseits Vorstellungen auf diesem Gebiet zu entwickeln.“

Es bedurfte allerdings nicht erst einer, wie die SPD es ausdrückt, Initialzündung, um den Prozeß einer breiten Vermögensstreuung in der Bundesrepublik weiter voranzutreiben. Die CDU/CSU kann auf diesem Sektor auf beachtliche Leistungen zurückblicken. Die Erfolge, die sie bisher mit ihrer Politik hier erzielt hat, sind die beste Gewähr dafür, daß in Zukunft das von ihr entwickelte Programm den richtigen Weg zu einer breiten Eigentumsstreuung, insbesondere in Arbeitnehmerhand, weiterweist.“

Dabei wurden eingehend sozialpolitische Fragen behandelt. In einer Entschließung, die fast einstimmig angenommen wurde, weist die südwürttembergische CDU auf eine Reihe von Wegen zur Eigentumbildung für breite Schichten hin, die noch stärker als bisher beschritten werden müßten. Neben der Erhaltung der bisherigen Sparförderung durch Wohnungsbau- und Sparprämien wird darin auch die Erweiterung des sogenannten 312-Mark-Gesetzes durch die Anerkennung der Tariffähigkeit, durch Beseitigung der Lohnbesteuerung und durch Einbeziehung des öffentlichen Dienstes gefordert. Außerdem sollen Möglichkeiten zur Konkretisierung des Investivlohns geprüft werden; der Landesvorstand wurde dazu mit der Bildung einer Fachkommission beauftragt, der Vertreter von Arbeitnehmer- und Arbeitgeberseite angehören sollen.

Zu einer weiteren Entschließung forderte der Landesparteitag den Landesvorstand auf, die drei anderen Landesverbände der CDU in Baden-Württemberg für die Gründung eines CDU-Bildungswerkes im Land zu gewinnen, das in Zusammenarbeit mit der Akademie Eichholz die politische Bildung in der Landespartei intensivieren soll.

Zum Abschluß des Parteitages, an dem als prominenter Gast Bundesaußenminister Dr. Schröder teilnahm, forderte Landesvorsitzender Eduard Adorno zur raschen Nominierung der Bundestagskandidaten und zu verstärkter Mitgliederwerbung auf. Er gab seiner Überzeugung Ausdruck, daß die CDU die nächsten Bundestagswahlen gewinnen werde, wenn sie ihre politischen Ziele noch entschlossener ansteuere und sich noch geschlossener hinter Bundeskanzler Erhard stelle.

Es wird erwartet...

Christliche Demokraten Europas wollen Zusammenarbeit verstärken

Vor der letzten Sitzungsperiode des Europäischen Parlaments kam in Rom die Christlich Demokratische Fraktion zusammen, um aktuelle Fragen gemeinsamer Politik zu besprechen.

Das Ergebnis dieses Zusammentreffens, an dem maßgebliche Politiker aus den EWG-Partnerstaaten teilnahmen, war eine „Erklärung von Rom“, in der folgendes gefordert wurde:

● Die Regierungen Deutschlands, Belgiens, Frankreichs, Italiens, Luxemburgs und der Niederlande sowie die Ministerräte der Europäischen Gemeinschaften werden eindringlich um eine lückenlose Anwendung der Verträge von Rom und Paris auf wirtschaftlicher, sozialer und politischer Ebene gebeten.

● Die Christlich Demokratische Fraktion stellt fest, daß sich die institutionellen Konsequenzen der wirtschaftlichen und sozialen Realisierung, die sich aus der normalen Durchführung der Verträge ergeben, immer klarer abzeichnen, so zum Beispiel hinsichtlich einer europäischen Konjunkturpolitik, einer Sozialpolitik und vor allem einer Harmonisierung der Systeme der sozialen Sicherheit und einer Ausrichtung der Preis- und Lohnpolitik nach europäischen Gesichtspunkten, einer gemeinsamen Agrar- und Handelspolitik und einer Energiepolitik.

● Deshalb werden die Regierungen der Mitgliedstaaten und die Ministerräte aufgefordert, daraus im Hinblick auf eine Beschleunigung der Integration auf wirtschaftlicher, sozialer und politischer Ebene baldigst die Schlußfolgerungen zu ziehen. In diesem Zusammenhang wird daran erinnert, daß die Bereiche, die durch die Anwendung der Verträge von Rom und Paris ganz oder teilweise der nationalen demokratischen Kontrolle entzogen und mithin zu einer europäischen Angelegenheit geworden sind, eine Stärkung der demokratischen Kontrollbefugnis des Europäischen Parlaments, und zwar vor allem auf dem Gebiet des Haushalts und der Gesetzgebung sowie des Investiturrechts der Exekutiven und die Wahl des

Europäischen Parlaments nach dem allgemeinen direkten Wahlrecht erfordern.

Ausdrücklich begrüßt die Fraktion die „Initiative 64“ der EWG-Kommission. Von den gemeinschaftlichen und nationalen Instanzen wird erwartet, daß sie dafür sorgen, die Personen- und Warenkontrollen an den Grenzen innerhalb der Gemeinschaft sobald wie möglich aufzuheben. Gleichzeitig wird die Forderung ausgesprochen, daß ein Schritt in Richtung auf die politische Union getan wird, ohne daß aber die Verwirklichung dieser Union das normale Funktionieren der Gemeinschaften und die ihnen übertragenen Befugnisse in irgendeiner Weise beeinträchtigt.

Es wird nach Auffassung der Fraktion das Ziel der verantwortlichen christlich demokratischen Politiker innerhalb der Gemeinschaft sein müssen, in gemeinsamem Bemühen auf dieses Ziel hinzuwirken. Wiederum wird die Erwartung ausgesprochen, daß durch ein gemeinsames Sekretariat der Parteien der sechs Länder die Voraussetzung geschaffen wird, diese Bemühungen fortzusetzen und zu koordinieren.

Mehr Frauen in die Politik!

Auf die Bedeutung, die der Frau im politischen und wirtschaftlichen Leben der Bundesrepublik zufällt, wies Bundeskanzler Prof. Dr. Erhard in einem Gespräch mit dem Hauptausschuß der Frauenvereinigung der CDU sowie mit weiblichen Abgeordneten des Bundestages und der Landtage am 22. 10. 1964 hin. Ohne die tatkräftige und verantwortungsfreudige Mitarbeit der Frauen, vor allem auch in den politischen Gremien, sind nach Auffassung des Bundeskanzlers die wirtschaftlichen, sozialen und gesellschaftspolitischen Probleme der Zukunft nicht zu lösen. Daher müsse den Frauen im öffentlichen Leben die Möglichkeit zu aktiver Mitarbeit stärker noch als bisher gegeben werden.

Der Hauptausschuß der Frauenvereinigung der CDU erklärte seinerseits, daß er die Politik des Bundeskanzlers billige, maßlose Forderungen zurückzuweisen und die Stabilität der Währung zu erhalten.

Neue Vorsitzende

Die Landesfrauenvereinigung der CDU Westfalen-Lippe wählte zu ihrer neuen Vorsitzenden die Oberstudienrätin Juliane Frein von Bredow. Frein von Bredow ist Nachfolgerin der verstorbenen Bundestagsabgeordneten Dr. Luise Rehling.

Fernsehen und Hörfunk

Das rote Fenster in Moskau

Es erscheint angebracht, an dieser Stelle über eine Fernsehsendung zu sprechen, die in der vergangenen Woche über die Bildschirme gelaufen ist und deren Ergebnis wir bereits im Juli in unserem Informationsdienst (UfD Nr. 27/64) vorweggenommen haben. Gemeint ist der Moskauer Bericht von Robert Röntgen in der turnusmäßigen „Report“-Reihe.

Damals hatte der Bonner „Prawda“-Korrespondent Wladimir Michailow innerhalb dieser Sendung Gelegenheit erhalten, in einem Filmbericht ein sattem bekanntes Bild östlicher Vorstellung von der Bundesrepublik zu zeichnen. An jenem Tage mußten etwa 15 Millionen Fernsehteilnehmer kommunistische Agitation à la „Prawda“ über sich ergehen lassen. Herrn Michailow war daraus gewiß kein Vorwurf zu machen, Gelegenheit macht Agitatoren. Überzeugte Sowjetmenschen verstehen es nun einmal, gebotene Chancen konsequent zu nutzen. Wir dokumentierten mit dieser Sendung die in unserer Welt übliche freizügige Informationsarbeit, die es sogar kommunistischen Publizisten ermöglicht, auf dem Weg über das Deutsche Fernsehen unseren Zuschauern roten Sand in die Augen zu streuen. Nur sollten wir bei alledem realistisch bleiben und nicht auf ein ebensolches Entgegenkommen von sowjetischer Seite rechnen.

Die Bestätigung dieser Ansicht haben „Report“-Redakteur Robert Röntgen und sein Team jetzt in Moskau erhalten, als sie einen Fernsehfilm über die „Prawda“ drehten. Das fertige Filmmaterial sollte „ohne jede Zensuraufgabe“ ausgeführt werden dürfen, wie amtliche sowjetische Stellen versprochen hatten. So waren denn die Stuttgarter zuversichtlich und entschlossen, die Gunst der Stunde für einige zeitnahe Filminformationen zu nutzen. Der Zufall wollte es, daß die „Report“-Leute gerade zu der Zeit in Moskau weilten, als Nikita Chruschtschow unter das Rad der Geschichte geriet. Jetzt aber merkten sie, daß sie die Rechnung ohne den roten „Wirt“ gemacht hatten. Der bedeutete Robert Röntgen höflich, aber bestimmt, daß es höchst unerwünscht sei, wenn er noch einen Meter Film drehen würde. Nur ein Blick aus dem Hotelfenster sei noch möglich. Die Wiedergabe dieser sarkastischen Äußerung beendete die letzte Ausgabe des „Reports“.

Damit ist zum wiederholten Male deutlich geworden, daß es in der Sowjetunion keine freie Informationsarbeit gibt, noch in absehbarer Zeit geben wird. Diese Erkenntnis ist ganz gewiß nicht neu, und doch wünscht man sich, daß eines Tages auch gewisse leichtgläubige Gemüter unter unseren Journalisten von ihr Besitz ergriffen. Der Blick aus einem Moskauer Hotelfenster dürfte genügen. Wt.

Nachfolger bestimmt

Als Nachfolger für den im September d. J. verstorbenen Bundestagsabgeordneten Franz Ruland aus Saarbrücken wird Staatssekretär a. D. Josef Kurtz, Landwirt auf Gut Rütthof in Bliesransbach in den Bundestag nachrücken. Der 61 Jahre alte CDU-Politiker gehörte früher dem Landtag des Saarlandes an und war der letzte Vorsitzende der Christlichen Volkspartei an der Saar vor ihrer Vereinigung mit der CDU.

Neuer Bundestagsabgeordneter

Der 69jährige Landwirt Franz Wittmann (CSU) aus Schirnbrunn, Kreis Oberpfalz, wird anstelle des Bamberger Abgeordneten Kemmer in den Bundestag einziehen. Kemmer hatte sein Mandat niedergelegt, nachdem er zum Landrat gewählt worden war. Sein Nachfolger, der Landtagsabgeordnete Mergler verzichtete auf das Bundestagsmandat, so daß als nächster Kandidat der Reserveliste Franz Wittmann an der Reihe war. Wittmann gehörte bereits dem Bundestag von 1953 bis 1961 an.

Politisch engagiert

Landestagung Niedersachsen der jungen Arbeitnehmer

Das Thema der Eigentumbildung in Arbeitnehmerhand war Diskussionsstoff einer Veranstaltung, die gerade dazu aufgerufen scheint, diese Fragen zu besprechen: Die Landestagung der jungen Arbeitnehmer der Sozialausschüsse der christlich demokratischen Arbeitnehmerschaft in Niedersachsen.

Der Präsidierende Vorsitzende der niedersächsischen CDU, Dr. Fricke, unterstrich die Bedeutung des 312-DM-Gesetzes und bezeichnete es als einen Weg zur Eigentumbildung der Arbeitnehmer, den die Arbeitgeber mehr als bisher beschreiben sollten. Dr. Fricke wies auf die Notwendigkeit hin, den Vermögenszuwachs in gerechtem Verhältnis auf Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu verteilen. Freilich dürfe dabei nicht vergessen werden, daß die Sicherung der Arbeitsplätze nach wie vor hohe Investitionen notwendig mache. Das Schwergewicht seiner Ausführungen legte der Präsidierende CDU-Vorsitzende auf die Forderung nach gründlicherer und besserer Ausbildung der Jugend in Betrieben, Verwaltung und Handel. Nur dann sei die Gewähr dafür gegeben, auch in der Zukunft den sozialen und wirtschaftlichen Wohlstand unseres Volkes zu erhalten.

In anderen Referaten wurde den Zuhörern ihre Verantwortung in Staat und Gesellschaft nahegebracht sowie die Frage beantwortet, ob junge Arbeitnehmer in den Sozialausschüssen ihren Platz finden sollen. An den regen Diskussionen beteiligten sich alle jungen Arbeitnehmer. Entschließungen der Landestagung fordern eine baldige Verabschiedung des Berufsausbildungsgesetzes durch den Bundestag, eine Überprüfung der über 600 Berufsbilder der Lehrberufe, die Einführung des 10. Schuljahres in Niedersachsen zur speziellen Berufsvorbereitung und eine bessere Besoldung der Berufsschullehrer. Nicht weniger beachtlich ist der Wunsch, eine verstärkte Gewährung von Wohnungsbeihilfen für junge Familien

und eine Erhöhung der Landesdarlehen für Mietwohnungen in Niedersachsen.

In Anwesenheit des Ehrenvorsitzenden der CDU-Sozialausschüsse, Arbeitsdirektor a. D. Hans Wellmann, und des Landesvorsitzenden Franz Varelmann, MdB, wurde zum Landesbeauftragten der Sozialausschüßvorsitzende Leonhard Mierswa, Lehrte, gewählt. Er nimmt den Platz von Heinz Hartnack ein, der zum Landessozialsekretär berufen worden ist. Mit dem Landesbeauftragten werden zukünftig je ein Beauftragter für Hannover, Braunschweig und Oldenburg den Lan-

SPD kontra SPD

Schwere Auseinandersetzungen um Niedersachsens Schulpolitik

In Niedersachsens SPD gibt es schwere Auseinandersetzungen über die Schulpolitik. Der Vorsitzende der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Rodenstein (SPD), hat die von seinem Parteifreund Diederichs geführte SPD/FDP-Landesregierung öffentlich scharf angegriffen. Dabei bekam auch Kultusminister Mühlenfeld (FDP) eine gehörige Portion Kritik ab.

Der Streit begann damit, daß Mühlenfeld beim FDP-Kulturkongreß Ende August in Oldenburg wieder einmal ein „Patentrezept“ vorlegte, um den Lehrermangel zu beheben. Im Gegensatz zur CDU, die seit langem eine grundsätzliche Regelung fordert, schlug Mühlenfeld eine Notlösung vor. Zu den 2000 niedersächsischen Hausfrauen, die seit Ostern 1962 als Hilfslehrerinnen wirken, sollen zahlreiche „Ersatzlehrkräfte“ angeheuert werden.

desvorstand bilden. Es ist an eine enge Zusammenarbeit mit der CDU und der Jungen Union gedacht.

Mehr Geld für Siedlungen

Die Wohnungsbauförderungsanstalt des Landes Nordrhein-Westfalen hat in den ersten neun Monaten des Jahres 1964 für das Wohnungs- und Kleinsiedlungswesen rund 788 Millionen DM bewilligt. Das ist fast doppelt so viel wie im gleichen Zeitraum des Vorjahres, in dem für diesen Zweck 401 Millionen DM bewilligt worden waren.

Dank für Olympiasieger

Für eine öffentliche Ehrung der Berliner Olympia-Sieger von Tokio sprach sich die Berliner CDU aus. Sie regte an, den jungen Menschen, die in besonderer Weise als Vorbild für die Jugend unserer Stadt geeignet sind, den Dank Berlins abzustatten. Dies könnte in einer parlamentarischen Feierstunde durch die gewählte Volksvertretung geschehen.

Der FDP-Minister dachte dabei an solche Personen, die nach einigen Berufsjahren zu den Erkenntnis gekommen sind, daß sie sozusagen auf dem falschen Dampfer sitzen und nun Lehrer werden müßten. Dieser Vorschlag war für ernsthafte Kulturpolitiker zwar ohnehin indiskutabel, Gewerkschaftsvorsitzender Rodenstein benutzte ihn jedoch als Aufhänger für einen Artikel in der „Niedersächsischen Lehrerzeitung“, in der er klipp und klar erklärte, seine Gewerkschaft werde derartigen Notmaßnahmen nicht zustimmen.

Rodenstein richtete an die SPD/FDP-Landesregierung drei peinliche Fragen:

- „Was habt Ihr in den vergangenen drei Jahren unternommen, um die Zahl der Abiturienten in unserem Land wesentlich zu erhöhen?“
- Was habt Ihr in den vergangenen drei Jahren unternommen, um den Lehrerberuf für diese hohe Zahl von Abiturienten anziehend zu gestalten, damit eine hinreichend große Zahl sich für den Lehrerberuf entscheidet?“
- Was habt Ihr im ganzen getan, um unserem Volk bewußt zu machen, daß Erziehung unser Schicksal ist?“

Die Antwort, die Rodenstein selbst gab, hat ein niederschmetterndes Ergebnis für die niedersächsische Regierung. Sie lautet:

„Wenn aber keinerlei ernsthafte Anstrengungen ... unternommen werden, wenn man uns klarzumachen versucht, es ginge nicht, es koste zuviel Geld, die Widerstände seien zu groß, oder gar, das helfe nicht für den Augenblick, dann soll man uns nicht zumuten, die Mitverantwortung zu tragen.“

Käbers „Gesprächspartner“

Schleswig-Holsteins SPD verhandelt mit fragwürdiger Notgemeinschaft

Schleswig-Holsteins SPD-Landtagsfraktionsvorsitzender Käber verhandelt neuerdings mit Kreisen, vor denen die CDU bereits vor einem Jahr wegen ihrer gleichermaßen links- und rechtsradikaler Tendenzen gewarnt hatte.

Es handelt sich um die sogenannte Notgemeinschaft deutscher Bauern, bei der — wie bereits in „UID 21/63“ berichtet — Querverbindungen zur rechtsradikalen „Deutschen Reichspartei“ ebenso bestehen wie Verbindungen zu Landwirten, die bereits Landtagskandidaten für die inzwischen verbotene KPD bzw. für den kommunistenfreundlichen „Bund der Deutschen“ gewesen sind.

Im Juni vergangenen Jahres hatte der Vorsitzende des schleswig-holsteinischen Bauernverbandes, der CDU-Bundestagsabgeordnete Detlev Struve, vor diesen „Notgemeinschaften“ gewarnt, deren Ziel klar war: Unruhe unter den Bauern zu stiften und sie zu Protestaktionen gegen die Landwirtschaftspolitik der Bundesregierung aufzuhetzen.

Dessen ungeachtet kam es am 20. Oktober 1964 in Neumünster zu einer Aussprache zwischen dem Vorstand der SPD-Landtagsfraktion und Vertretern der Notgemeinschaft, deren Vorschlag, eine Sozialenquete für die Bauern durchzuführen, die Sozialdemokraten sogar ausdrücklich zustimmten.

Dies Zusammenspiel zwischen der „Notgemeinschaft“ und der SPD dürfte nicht ganz zufällig sein. Ein ähnliches Beispiel wird aus Niedersachsen gemeldet. Im Kreistag von Harburg sind die SPD und eine Unabhängige Wählergemeinschaft eine Zählgemeinschaft eingegangen. Einer der Kreistagsabgeordneten der Wählergemeinschaft ist Günther Kaczewski, der als Gründer der Notgemeinschaften in Niedersachsen bekannt und inzwischen aus dem Bauernverband ausgeschlossen wurde.

VERTRIEBENE und FLÜCHTLINGE

Wieder Königsberger Straße

In Berlin gibt es wieder einen Breslauer Platz und eine Königsberger Straße. Ein Platz in Schöneberg und eine Straße in Steglitz im freien Teil der alten Reichshauptstadt wurden jetzt nach den beiden ostdeutschen Hauptstädten benannt, deren Namen aus dem Straßenbild Berlins verschwunden waren, nachdem das SED-Regime die Breslauer und die Königsberger Straße in Ostberlin umbenannt hatte. Damit erfüllte der Senat eine Forderung der CDU, die bereits im Juli im Abgeordnetenhaus erhoben worden war. Damals hatten die CDU-Abgeordneten Dr. Rojek und Lorenz den Antrag begründet und dabei auf die Notwendigkeit verwiesen, die ostdeutschen Städtenamen in Berlin zu erhalten und so die Verbundenheit mit den ostdeutschen Gebieten zu betonen.

Flaggen-Antrag der CDU beraten

Der Rechtsausschuß des niedersächsischen Landtages wird sich in Kürze mit einem CDU-Antrag befassen, der in Vertriebenen- und Flüchtlingskreisen bereits lebhaft Zustimmung erhalten hat. Es handelt sich um die Forderung der CDU-Landtagsfraktion, das niedersächsische Gesetz über Wappen, Flaggen und Siegel dahingehend zu erweitern, daß künftig bei offiziellen Gelegenheiten neben der Landesflagge auch die Fahnen der beiden Patenländer Schlesien und Sachsen-Anhalt gezeigt werden. In der Aussprache über den Antrag erinnerte der CDU-Abgeordnete Freiherr von Fircks an das Beispiel Schleswig-Holsteins. Im nördlichsten Bundesland werden bereits seit Jahren bei offiziellen Feiern die Flaggen der beiden Patenländer Pommern und Mecklenburg gehißt.

Mehr Zonenrandhilfe

Die Bundesregierung hat die Mittel für die Zonenrandhilfe um 50 Millionen DM erhöht. Damit stehen für diesen Zweck im kommenden Jahr 192 Millionen DM zur Verfügung, von denen ein großer Teil für die Förderung der Bildungsmöglichkeiten verwendet wird. Das ging aus der Antwort auf eine Anfrage des CDU-Bundestagsabgeordneten Dr. Berthold Martin hervor.

Verdiente Pommerin ausgezeichnet

Der schleswig-holsteinische Ministerpräsident Dr. Lemke hat der Gründerin des Sozialwerks der Pommern, Frau Ilse Oberländer (Eutin), das ihr vom Bundespräsidenten verliehene Verdienstkreuz erster Klasse des Verdienstordens der Bundesrepublik überreicht. Das Sozialwerk, das Frau Oberländer noch heute leitet, hilft nicht nur den in die Bundesrepublik vertriebenen und geflüchteten Pommern, sondern auch den noch in der alten Heimat lebenden Landsleuten.

Für volle Gleichstellung

CDU/CSU-Fraktion sprach mit Flüchtlingsverbänden

Der amtierende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Dr. Rainer Barzel, empfing am 22. Oktober Vorstandsmitglieder des Gesamtverbandes der Sowjetzonenflüchtlinge, des heimatverdrängten Landvolks, der Vereinigten Landsmannschaften Mitteldeutschlands und der Interessengemeinschaft der in der Zone enteigneten Betriebe zu einem Gespräch über den Stand und die Weiterentwicklung der Gesetzgebung für die Sowjetzonenflüchtlinge.

An diesem Gespräch nahmen auch Bundesvertriebenenminister Ernst Lemmer und Staatssekretär Dr. Nahm teil. Sachverständige Abgeordnete der CDU/CSU und Vertreter der Bundespartei diskutierten mit den Vorstandsmitgliedern der Verbände Einzelheiten des Flüchtlingshilfsmaßnahmen-Gesetzes sowie des Beweissicherungs- und Feststellungsgesetzes. Über Verbesserungen einzelner Teile des Beweissicherungsgesetzes herrschte Einvernehmen.

Die grundsätzliche Gleichstellung der Sowjetzonenflüchtlinge mit und ohne C-Ausweis mit den Heimatvertriebenen, die bereits am 15. Juli 1964 vom Geschäftsführenden CDU-Vorsitzenden Josef Hermann Dufhues als Zielsetzung der CDU festgestellt worden war, wurde noch einmal ausdrücklich bestätigt.

Die Bundestagsfraktion der CDU/CSU wird ihre Anstrengungen künftig noch verstärken, um im Rahmen der parlamentarischen Möglichkeiten die Voraussetzungen für eine zügige stufenweise Verwirklichung der vollen Gleichstellung zu

schaffen. Der allgemeine Rahmen des Stufenplans wurde besprochen.

Der Abgeordnete Stingl brachte in seinem Schlußwort eine auf allen Seiten empfundene Genugtuung über Atmosphäre und Verlauf des Gesprächs zum Ausdruck. Er erklärte, daß unbeschadet der bereits im Bundestag beschlossenen Verbesserungen der Leistungen an Sowjetzonenflüchtlinge (16. und 17. LAG-Novelle, Fremdreiten- und Auslandsrenten-Neuregelungsgesetz, 131er-Gesetz, Häftlingshilfegesetz u. a.) die jetzt in der Beratung erzielten Verbesserungen beim Gesetz über Hilfsmaßnahmen für Sowjetzonenflüchtlinge und die weiteren Wünsche in ständiger Beratung und Abstimmung im Sinne der Gleichstellung durchgesetzt werden sollen.

Darüber hinaus wollen alle Beteiligten gemeinsam einen Weg suchen, die Mittel zur Durchführung des Zweiten Fünfjahresplanes für die Eingliederung des heimatverdrängten Bauerntums räumlich und zeitlich besser zu verteilen.

Weitere Novellen nötig

Josef Stingl sprach auf der Sozialtagung des Bundes der Vertriebenen

Auf die Bedeutung der sozialpolitischen Vertriebenenarbeit und auf das wichtige Problem der Novellierung der Rentengesetzgebung wies der CDU-Bundestagsabgeordnete Josef Stingl anlässlich einer Tagung des Bundes der Vertriebenen hin, die unter seinem Vorsitz in Göttingen stattfand.

In einem Überblick über die im vergangenen Jahr geleistete Sozialarbeit erinnerte Stingl daran, daß die anlässlich der vorjährigen Sozialtagung in Marburg erarbeiteten Forderungen auf dem Gebiet der Rentengesetzgebung den zuständigen Stellen des Bundestages und der Bundesregierung zugeleitet worden seien und daß ein großer Teil dieser Anregungen bereits seinen Niederschlag im Regierungsentwurf eines Gesetzes zur Beseitigung von Härten in der gesetzlichen Rentenversicherung gefunden habe.

Stingl verwies auf eine CDU-Initiative, durch die jene Vertriebenen, denen bisher noch keine Entschädigung für Reichsanleihen durch die Bundesschuldenverwaltung gewährt worden sei, diese nunmehr erhalten sollen.

Allerdings ließ er keinen Zweifel daran, daß es noch eine ganze Reihe von Härten gibt, die trotz aller Bemühungen des Gesetzgebers um eine gerechte Lösung des Rentenproblems noch weiterbestehen.

Wie Stingl weiter mitteilte, haben zahlreiche Heimatvertriebene ihre Ansprüche auf Entschädigung noch nicht geltend gemacht. Für 250 000 Konten, zumeist aus den deutschen Ostgebieten, haben sich

bei der Bundesschuldenverwaltung noch keine Inhaber gemeldet.

Der Entschädigungsbetrag, der deshalb noch nicht ausgezahlt werden konnte, beträgt 80 Millionen DM. Genaue Aufstellungen der herrenlosen Konten sollen demnächst bei den Vertriebenenverbänden verteilt werden, um die Anspruchsberechtigten auf ihre Forderungen aufmerksam zu machen.

Schon 228 Terrorurteile

Sowjetzonenale „Gerichte“ haben in den ersten neun Monaten dieses Jahres mindestens 228 Urteile aus politischen Gründen ausgesprochen. Zwei dem SED-Regime unliebsame Mitteldeutsche erhielten lebenslanglich Zuchthaus, weitere zwölf Sowjetzonenbewohner wurden zu Zuchthausstrafen zwischen zwölf und fünfzehn Jahren „verurteilt“.

Herausgeber: Bundesgeschäftsstelle der CDU Deutschlands, verantwortlich für die Redaktion: Dr. Heinz Pettenberg, Vertretung René Ahrle, beide Bonn, Nassestraße 2, Telefon 5 29 31 — Verlag: Presse- und Informationsdienste der CDU Deutschlands Verlagsgesellschaft mbH, Bonn, Argelanderstraße 173, Telefon 2 31 40 — Bezugspreis: monatlich 1,— DM — Banken: Presse- und Informationsdienste der CDU Deutschlands Verlagsgesellschaft mbH, Bonn, Argelanderstraße 173, Postscheck-Konto Köln 193 795, Commerzbank Bonn Nr. 12 493 — Druck: Bonner Universitäts-Buch-

„Das Anti-Pressesamt“

Das „Durcheinander“ im Senatspresseamt ist den Berlinern zuviel

Die Auseinandersetzungen um die Informationspolitik des Westberliner Senats haben sich seit dem Wochenende weiter verschärft. Obwohl der Senat beteuert hatte, der Öffentlichkeit in Zukunft nur die Wahrheit über alle Passierscheinangelegenheiten mitzuteilen, hat das Presseamt erneut irreführende Behauptungen verbreitet. Die CDU und Westberliner Zeitungen haben dieses „Durcheinander“ heftig kritisiert. Die „Berliner Morgenpost“ forderte: Es ist höchste Zeit, daß Egon Bahr seinen Hut nimmt.

Um das Senatspresseamt war es in letzter Zeit mehrfach zu Kontroversen gekommen (siehe Uid Nr. 42,43/64), weil dessen Chef, Egon Bahr, wichtige Einzelheiten der Passierscheinvereinbarungen der Öffentlichkeit vorenthielt oder falsche Angaben verbreitete. Da es sich um diskriminierende Modalitäten bei der Passierscheinausgabe handelte, lag die Vermutung nahe, daß Bahr durch sein Still-schweigen den SPD/FDP-Senat und besonders seinen Freund Willy Brandt vor einer politischen Blamage bewahren wollte. Als die Westberliner ausgerechnet von der SED über alle Einzelheiten aufgeklärt wurden, sah sich der Senat heftiger Kritik ausgesetzt. Durch ein Schuldbekenntnis des Regierenden Bürgermeisters und sein Versprechen, in Zukunft nur noch die laute Wahrheit zu sagen, konnte er sein angekratztes Prestige vor weiteren Angriffen bewahren.

In der letzten Woche platzte, auf gut deutsch gesagt, den Berlinern der Kragen. Das Senatspresseamt hatte seine eigene Meldung dementieren müssen, daß über hundert Antragstellern die Passierscheine wegen Überfüllung versagt worden seien. Und dies wiederum auf Grund einer SED-Veröffentlichung.

Die Berliner CDU machte sich zum Sprecher der hinters Licht geführten Bevölkerung und erklärte:

„Trotz aller Beteuerung hat der Senat nicht dafür sorgen können, daß der Öffentlichkeit weiterhin irreführende, widersprüchliche Informationen in der Frage der Passierscheinabfertigung erspart bleiben. Es muß befürchtet werden, daß bei dem Durcheinander, das im Senatspresseamt herrscht, weitere wichtige Mitteilun-

gen der Öffentlichkeit vorenthalten werden. Deshalb sollten sich Westberliner Bürger nicht in Fällen, in denen Passierscheinanträge wegen sogenannter Überfüllung abgelehnt werden, auf Meldungen an amtliche Stellen beschränken, sondern auch sofort einer Westberliner Tageszeitung oder einem Sender Meldung machen. Die CDU behält sich darüber hinaus

Bernt resigniert

Verursacht Frankfurter SPD-Bezirksvorsitzender eine Neuwahl?

Die Kommunalwahlen in Frankfurt am Main brachten einen Erfolg für die SPD. Dennoch scheint es, als würden die Sozialdemokraten ihre Freude nicht ungetrübt genießen können. Schuld ist daran eine Verschärfung des immer noch ungeklärten „Falles Bernt“.

In der letzten Ausgabe dieses Informationsdienstes haben wir darüber berichtet, daß Bernt auf die Ausübung seiner Ämter als ehrenamtlicher Stadtrat und als Bezirksvorsitzender seiner Partei verzichten will, bis die gegen ihn erhobenen Vorwürfe geklärt sind. Diese Situation hat die SPD aber nicht daran gehindert, Bernt als dritten Spitzenkandidaten zur Kommunalwahl aufzustellen. Die Wähler reagierten entsprechend: Sie strichen teilweise den Namen durch, wenn sie auch die Partei wählten.

Nach einer Mitteilung der Deutschen Presseagentur vom 26. 10. 1964 mußte der Frankfurter Oberbürgermeister Brundert (SPD) zugeben, daß nach dem Wahlgesetz solche Stimmzettel ungültig sind, auch wenn sie in den Wahlbezirken teilweise nicht so gewertet wurden. Soweit ist eine Feststellung in Ordnung. Man kann Brun-

der aber wohl kaum dabei folgen, wenn er seinen Gedanken weiter spinnt: die Stimmzettel seien aber dann nicht mehr ungültig, wenn es sich um Tausende ihrer Art handele und durch die Ungültigkeitserklärung eine Verschiebung der Mandatsverteilung eintreten würde.

Die Westberliner „Morgenpost“ vom 24. Oktober forderte zum Schluß einer Glosse, die mit der zutreffenden Überschrift „Das Anti-Pressesamt“ versehen war: „Es ist höchste Zeit, daß Egon Bahr seinen Hut nimmt“.

Zu den wenigen Befürwortern des Informationsdurcheinanders gehört der DGB-Vorsitzende Sickert, der behauptete, alle Gewerkschaftsmitglieder billigten die Haltung des Senats.

Dieser Versuch, den DGB parteipolitisch zu mißbrauchen, ist aber genauso durchsichtig, wie die Erklärung Sickerts, der vor einiger Zeit meinte, alle DGB-Mitglieder seien mit höheren Fahrpreisen der BVG einverstanden; aber das glaubte auch keiner.

Die Konsequenz daraus könnte nur heißen: Wahlanfechtung und Neuwahl in Frankfurt. Ob das im Sinne der SPD wäre?

Ubrigens hat inzwischen Bernt auf sein Mandat im Rat der Stadt verzichtet; er ist vom Posten des ehrenamtlichen Stadtrats endgültig zurückgetreten und hat sein Vorsitzendenamt in der SPD niedergelegt. Darin wiederum kann man bessere Einsicht bei Bernt vermuten: Schließlich sind der Fall Bockelmann und seine Behandlung durch die SPD unvergessen. Auf der anderen Seite wurde in der letzten Vorstandssitzung des SPD-Unterbezirks offen-

erklärt, man werde die notwendigen Mittel und Wege finden, sich von Bernt zu trennen, wenn es notwendig erscheine. Der bisherige Bezirksvorsitzende wollte offensichtlich solange nicht warten.

DFU wählte mit

Zweifelhafte Interessengemeinschaft in Solingen

Im Solinger Stadtparlament ist der neue SPD-Oberbürgermeister Dunkel peinlicherweise auf die Gnade der DFU angewiesen. Nur mit Hilfe von drei pankowfreundlichen Friedensfreunden konnte er sich zum Stadtoberhaupt wählen lassen.

Trotz der großen Anstrengungen der DFU, wenigstens in den Kommunalparlamenten zugunsten Pankows plädieren zu können, gelang es dieser linksextremen Partei nur in Solingen, die Fünf-Prozent-Klausel zu überschreiten. Drei DFU-Vertreter konnten daraufhin in den Stadtrat einziehen. Aber gerade auf diese drei Vertreter ist die SPD angewiesen, denn CDU und FDP sind im Solinger Parlament gleich stark vertreten. Das Zünglein an der Waage bildet die DFU. Sie stimmte auch prompt für einen sozialistischen Oberbürgermeister und wird vermutlich auch weiterhin versuchen, der SPD ihre

guten Dienste anzubieten. Ob freilich diese Hilfsbereitschaft ohne Gegenleistung gewährt wird, ist höchst zweifelhaft. Irgendwie wird die SPD ihren „Koalitionspartner“ schon entschädigen müssen.

Eine große Sorge ist der SPD allerdings genommen. CDU und FDP wollen nicht die Unterstützung der DFU in Anspruch nehmen, um dem Rat einen Gegenkandidaten präsentieren zu können. Die Oberbürgermeisterwürde durch die Entscheidung der DFU erhalten zu haben, ist der SPD vorbehalten, und so wird es wohl bleiben.

Probleme der Schule

Der Kultusminister von Baden-Württemberg, Prof. Dr. Hahn, traf vor kurzem mit den kulturpolitischen Ausschüssen der vier CDU-Landesverbände von Baden-Württemberg in Stuttgart zusammen. Prof. Dr. Hahn, dessen Bemühungen um eine Koordinierung der Bildungspolitik in der Bundesrepublik erfolgreich sind — was auch immer die SPD aus durchsichtigen Gründen dazu Gegenteiliges erklären mag — bot sich in Stuttgart die Gelegenheit einmal wieder die Grundsätze der CDU-Kulturpolitik zu betonen. Auch aktuelle Schulfragen wurden auf der Tagung besprochen. Das 9. Schuljahr, so erklärte der Kultusminister, wird so rasch wie möglich in Baden-Württemberg verwirklicht.